



Der Masterschüler muss zittern

Schweizer Firmen haben 27 Mrd. Dollar in den USA investiert. Dennoch droht neues Ungemach. Von Guido Schätti, Jürg Meier

Es ist ein grosses Versprechen: 200 Milliarden Dollar sollen Schweizer Firmen in den nächsten fünf Jahren in den USA investieren. So steht es im Joint Statement mit den USA vom 14. November. Präsident Donald Trump hatte der Schweiz Anfang August einen Strafzoll von 39 Prozent aufgebremmt. Mit der Vorab-Einigung sank dieser auf 15 Prozent.

Nun muss die Schweiz liefern. Und sie tut es. Von Januar bis April investierten Schweizer Firmen in den USA bereits 27 Milliarden Dollar. Die Zahl findet sich in einer internen E-Mail der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer (Swiss Amcham) an ihre Mitglieder, die der «NZZ am Sonntag» vorliegt.

Industrie unter der Lupe

Die Liste der Investoren liest sich wie ein Who is who der Schweizer Wirtschaft. Novartis glänzt gleich mit zwei Projekten, einem Forschungszentrum in San Diego und einer neuen Fabrik in Texas. Der Lokalrivale Roche baut derweil seine Produktion in North Carolina aus. Dort erstellt auch der Medizinaltechnikkonzern Ypsomed eine neue Produktionsanlage. Aber nicht nur die Gesundheitsbranche bereitet Trump Freude. Die Genfer Reederei MSC hat Anfang Januar ihr neues Hauptquartier für Nordamerika in Miami eröffnet. Die Industrie ist mit dem Werkzeugmaschinenbauer Pfiffner Group und dem Elektronikonzern Elma vertreten, die beide ihre Produktionskapazitäten in den USA ausbauen.

Die Handelskammer amtet als Buchhalterin der Schweizer Investitionen. Zu Einzelfirmen macht sie keine Angaben. Die genannten Beispiele wurden von den Unternehmen selbst kommuniziert. Die Summe der Investitionen zeige aber, dass die Schweiz ihre Verpflichtungen sehr ernst nehme, sagt der Swiss-Amcham-CEO Rahul Sahgal: «Wir sind Masterschüler und erfüllen unsere Versprechen.»

Genützt hat es bisher allerdings wenig. Diese Woche kündigten die USA neue Zölle gegen Län-

der an, die angeblich zu wenig gegen Zwangsarbeit unternähmen. Weil die Schweiz kein explizites Importverbot für Waren aus Zwangsarbeit kennt, landete sie in der Kategorie mit den höheren Zöllen. Schweizer Waren wollen die USA mit 12,5 Prozent belasten, die EU soll mit 10 Prozent davonkommen. Die Differenz zu den Nachbarländern könnte bald noch grösser werden. Neben Zwangsarbeit nimmt Washington die Schweiz und weitere Länder wegen angeblicher industrieller Überkapazitäten ins Visier. Der Vorwurf: Die Schweiz unterhalte einen zu grossen Produktionsapparat und verschaffe sich so unfaire Vorteile im Exportgeschäft.

Trump sieht Länder, die einen Handelsbilanzüberschuss mit den USA haben, generell als Schmarotzer. Die Schweiz sei nur dank den USA reich geworden, sagte er im Januar am WEF in Davos. Die US-Regierung könnte versucht sein, erneut besonders hohe Strafzölle gegen die Schweiz zu verhängen – ein Horrorszenario für die Exportindustrie. Für Jean-Philippe Kohl, Vizedirektor des Industrieverbandes Swissmem, ist klar, dass die Vorwürfe der Überkapazitäten haltlos sind. «Wir haben die ökonomischen Argumente auf unserer Seite», sagt er. Swissmem habe eine Stellungnahme in Washington hinterlegt. So erhebe die Schweiz im Gegensatz zu anderen Ländern keine Zölle, um die eigene Industrie abzusichern. Sie betreibe auch keine Industriepolitik, die «mittels Subventionen künstliche Überkapazitäten schafft». Die jüngste Entwicklung der Handelsbilanz verbessert die Schweizer Position. Derzeit erzielen die USA einen Überschuss. Klammert man allerdings den Goldhandel aus, liegt die Schweiz weiterhin im Plus.

Die Frage ist allerdings, ob rationale ökonomische Argumente für die USA überhaupt zählen. Der Bericht zum Thema Zwangsarbeit zeige, dass es den USA primär darum gehe, eine Begründung für neue Zölle zu finden, sagt der Swissmem-Vertreter Kohl. Dabei werde zum Teil mit «haarsträubenden Herleitungen» argumentiert. Wenn die USA dieses Muster auch im Bericht zu den Überkapazitäten anwendeten, seien ökonomische

NZZ am Sonntag
8008 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/nzz-am-sonntag/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenmedien
Auflage: 84'522
Erscheinungsweise: wöchentlich



Seite: 35
Fläche: 50'274 mm²

Auftrag: 3009561
Themen-Nr.: 272002
Referenz:
7091b1b0-c90a-44c1-8b12-b2d84f378bf3
Ausschnitt Seite: 2/2

Argumente zwecklos. Dann, so Kohl, «besteht das Risiko, dass es kein gutes Ende nimmt und es für die Schweiz im Zollstreit knüppeldick kommt. Es sei denn, der Schweiz gelingt rechtzeitig der Abschluss eines Handelsabkommens mit den USA.»

Aktivere Rolle gefordert

Zum Stand der Verhandlungen macht der Bund keine Angaben. «Der Bundesrat will, wenn immer es geht, eine Einigung erzielen. Aber es muss ein Geben und Nehmen sein», sagte Helene Budliger Artieda, die Chefin des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) am Freitag beim Swiss Economic Forum in Interlaken.

Die Bedeutung eines baldigen Handelsabkommens betont auch Franz Grüter, SVP-Nationalrat und Mitglied der Aussenpolitischen Kommission. «Der Bundesrat wäre gut beraten, eine aktivere Rolle zu spielen und auf einen raschen Abschluss hinzuarbeiten», sagt er. Die Lücke bei der Zwangsarbeit könnte mit einer Verordnungsänderung schnell geschlossen werden.

«Zudem sollte der Bundesrat offensiver kommunizieren, wie stark Schweizer Firmen in den USA investieren», sagt Grüter. Damit könnten Vorbehalte wegen industrieller Überkapazitäten aus dem Weg geräumt werden.



ANNICK RAMP / NZZ

«Es muss ein Geben und Nehmen sein»:
Seco-Chefin Helene Budliger Artieda.